Nr. 191. XXIII. Jahrgang. Dresden, 1878. Mittwoch, 10. Juli.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge. Auflage 33000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München, — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuill.: Ludwig Hartmann. Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Heinrich Pohlenk in Dresden.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 8½, 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt nur an Wochentagen: große Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen gewähren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme. Acht Silbergroschen 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Die Witterungs-Aussichten nach dem Meteorologischen Bureau zu Leipzig für heute den 10. Juli lauten: Mäßige westliche Winde. Veränderlich. Mäßig wolkig. Zunehmende Temperatur.

Politisches.

Ohne einen Knalleffekt konnte Lord Beaconsfield nicht vom Kongresse scheiden. Jeder, der den an Hilfsquellen reichen und beweglichen Geist des ehemaligen Romanschriftstellers Disraely kennt, wußte, daß er noch vor dem Auseinandergehen des Kongresses eine Ueberraschung in der Tasche haben würde. Jetzt ist die Katze aus dem Sacke heraus und die Mieze heißt Cypern. Die Cyperkatze begiebt sich unter den Schutz des dem Katzengeschlechte gleichfalls angehörenden englischen Leoparden. Die politische Logik des letzteren ist die, macht Rußland Eroberungen in Asien, mache ich welche bei Asien. England und die Türkei schließen zur Aufrechterhaltung des asiatischen Besitzstandes der Türkei ein Bündniß ab und zwar unter Abtretung der großen Insel Cypern. Die Pforte setzt das vom Kongreß so schwunghaft betriebene Auseinandergliedern nun selbst am eigenen Leibe fort, um den Rumpf zu erhalten. Das beste Geschäft macht dabei England. Es gelangt in den Besitz einer fruchtbaren, an Erträgen reichen Insel, die es zunächst mit den von Malta einzuschiffenden indischen Truppen besetzt. Diese Erwerbung dient dazu, Lord Beaconsfield einen glänzenden Empfang bei seiner Heimkehr in London zu sichern. Das Preisgeben wichtiger englischer Interessen an Rußland, Beaconsfield's Abweichen von jener gerechten und ehrenhaften Orientpolitik, wie er sie früher in zahlreichen öffentlichen Erklärungen dargelegt, seine jüngste Nachgiebigkeit in der Batumfrage, wodurch er den Russen eine prächtige Karawanen- und zugleich Heerstraße in die Hände lieferte, die Rußlands Waaren und Truppen direct in's Herz Persiens führt, sein Bruch des den Griechen wiederholt feierlich gegebenen Wortes, seine Nichtunterstützung der griechischen Ansprüche — dies und noch so viele andere Kongreßsünden, Alles wird ihm die mit dem Gange des Kongresses unzufriedene Meinung des englischen Volkes verzeihen, wenn er mit Cypern, als englisches Besitzthum, an die Themse zurückkehrt. Alles umjubelt den „Mehrer des Reiches." Mit Zorn werden die Russen, mit Neid die Mittelmeerstaaten, mit gewohnter Gleichgültigkeit die Deutschen auf diesen englischen Erwerb sehen. Frankreich glaubte Wunder welche Erfolge erzielt zu haben, als ihm der Kongreß das alleinige Protektorat über das Grab Jesu und die anderen heiligen Stätten in Palästina übertrug — jetzt weht dicht vor Syrien die englische Flagge. Italien erhält gar Nichts aus der türkischen Erbschaft und Griechenland wird mit leeren Vertröstungen hingehalten; man kann sich die Gefühle dieser Mittelmeerstaaten vorstellen, wenn dieses Meer immermehr zu einem englischen Binnensee wird. Wenn Rußland nicht durch den verblüffend kommenden Streich Beaconsfield's die Grundlagen des Kongresses für verändert erklärt, wird die Cyperkatze voraussichtlich den Abschluß von dessen Arbeiten weder aufhalten, noch überhaupt stören.

Die Pforte setzt dem Einmarsche der Oesterreicher in ihre Provinzen zunächst keinen Widerstand entgegen, behält sich aber alles Weitere vor. Graf Andrassy kehrt wahrscheinlich, für diese Erwerbungen belohnt, als „Fürst" Andrassy nach Wien zurück. Alle Völkerschaften Oesterreichs sehen diese Erwerbungen mit Mißtrauen an. Die Deutschen und Ungarn verwerfen die Vermehrung der slavischen Volksstämme; die Czechen und sonstigen Nordslaven verhalten sich gegen diese Annexion ablehnend, als gegen den slavisch-nationalen Geist und nur unter dem Widerstreben Rußlands vollzogen; die Polen verabscheuen die neue Theilungspolitik, nur die Oesterreich feindlichen Südslaven Oesterreichs freuen sich der neuen Reichsländer. Wenn man sich nur in Wien nicht über diese Erwerbung täuscht, die gar leicht statt zu einer Machterhöhung der Monarchie, zu deren Sprengung führen kann. Oesterreich ist, indem es in den nächsten Jahren ausschließlich mit der Verdauung des harten bosnischen Bissens beschäftigt sein wird, im Orient festgefahren, sein Einfluß auf den Gang der Dinge im Westen Europas lahmgelegt. Wenn einstmals Rußland die 17 Millionen Slaven Oesterreichs aufrufen wird, gegen Oesterreich das panslavistische Banner zu erheben, werden dem Kaiserstaate an der Donau die Erwerbungen der bosnischen Schluchten Nichts helfen.

Höchlich zufrieden mit dem Kongresse aber kann außer Rußland das Judenthum sein. Die Alliance israélitique hat es durchgesetzt, daß in den Kongreß ein Paragraph kommt, der den Israeliten in Rumänien und Serbien die gleichen Rechte wie den anderen Konfessionen giebt. Worin bestanden denn die angeblichen Judenverfolgungen in Rumänien? Wesentlich nur in drei Punkten: Die Juden durften keinen Grundbesitz erwerben; auf öffentlichen Auktionen nicht mitbieten und Schnaps nicht im Einzelverkauf verglasern. Zu diesen Beschränkungen mag Rumänien durch die Wahrnehmung gekommen sein, daß die Juden sich allmälig in den Besitz des ganzen Grund und Bodens zu setzen Miene machten und dabei in der Wahl der Mittel nicht sonderlich zimperlich waren, daß sie bei Auktionen einen „Ring" von Bietern bildeten, der, wenn die durch Wucher zur Versteigerung gebrachte Habe losgeschlagen wurde, andere Bieter vertrieb und so geringe Auktionserträge erzielte und endlich, daß die Juden den Schnapsverkauf monopolisirten, in sittlich bedenklicher Weise den Schnapsgenuß verallgemeinerten und oft gefälschte Branntweine verschänkten. Diese auf einer gewissen Kulturstufe ganz verständigen Beschränkungen aufzuheben, wird jetzt Rumänien durch den Kongreß gezwungen. So geht's in der Welt! Die Aufhebung dieser Beschränkungen preist man als herrlichen Triumph der Humanität; aber darüber kräht kein Hahn, daß die christlichen Rumänen durch Abtretung an Rußland ihre viel höheren Bürgerrechte verlieren, künftig nicht mehr als Bürger eines constitutionellen Staates eine Landesvertretung wählen dürfen, sondern sich schweigend unter die Befehle und Knutenstreiche eines russischen Gouverneurs fügen müssen.

Gegen einen besseren Schutz der deutschen Industrie deklamiren jetzt selbst fanatische Freihändler nicht mehr. Die Erkenntniß bricht eben siegreich in allen Köpfen durch, daß es geradezu unverantwortlich wäre, die bisherige Zollpolitik fortzusetzen. Greifen wir heute einmal den Artikel „Kammgarn" heraus. Ehe Deutschland durch die Berliner 66er Politik genöthigt wurde, den verderblichen französischen Handelsvertrag anzunehmen, versteuerten deutsche und französische Kammgarnspinner ihre Waaren bei der Ausfuhr in das andere Land mit ungefähr gleichen Zöllen. Und jetzt? Französische Kammgarnwaare zahlt seit jenem unseligen Vertrage den deutschen Zollkassen pro 50 Kilo 1½ Mark; deutsche Waare aber der französischen Kasse 36 Mark. Ist darin Sinn und Verstand? Natürlich überschwemmen die Franzosen den deutschen Markt mit ihren Kammgarn-Bobinen; in dem Preise des wollenen Frauenkleids, des Tuchrocks des Mannes verschwindet jener kleine Zoll vollständig. Umgekehrt aber hat der 36 Markzoll der Franzosen sofort mit einem Schlage unseren vaterländischen Spinnereien den ganzen Absatz jenseits verschlossen. Was ist die weitere Folge? Unsere Spinner müssen, um die empfindliche Konkurrenz zu bestehen, billiger fabriciren. Wie thun sie das? Entweder drücken sie die Arbeitslöhne, oder sie liefern ein minder gutes Produkt, vielleicht thun sie Beides zugleich. Wer ein gutes Frauenkleid, einen haltbaren Herrentuchanzug kaufen will, zieht dann trotz des höheren Preises das französische Fabrikat vor. Der deutsche Spinner hat umsonst die Löhne herabgesetzt und schlechter producirt, er findet doch nicht entsprechenden Absatz. Es fangen ihn allmälig die Einnahmen und Betriebsmittel zu fehlen an, er kämpft mit langsichtigen Wechseln und statt seine Produkte zu veredeln, sinnt er auf immer billigere Herstellungsweise. Es ist höchst beachtenswerth, daß in Elsaß die Socialdemokratie so gut wie gar keinen Anhang findet. Wie kommt Das? Die unter vernünftigem französischen Schutze nationaler Arbeit groß gewordene Industrie Mülhausens und anderer Städte besitzt die Mittel, nicht nur den Arbeitern durch Erbauung von Wohnhäusern, durch Einrichtung und reiche Ausstattung von Kranken-, Hilfs-, Sterbe-, Invaliden- und anderen Kassen durch Gewährung von Bildungsmitteln aller Art das Leben zu veredeln, sie sittlich zu heben, ihnen Sicherheit in Krankheits-, Sterbe- und Altersfällen zu gewähren, sondern die Industriellen sind dort auch reich genug, den Arbeitern in verschiedenen Formen Antheil an dem Geschäftsgewinne zu bieten. Gegenüber solchen greifbaren Vortheilen verschließt der Arbeiter gern sein Ohr den trügerischen Wunderprophezeiungen der Socialdemokraten. Nun sehe man unsere Fabrikanten an! Wie wenige reiche giebt es darunter! Einem darbenden Arbeiter erscheint freilich der mäßige Wohlstand des Fabrikbesitzers oft als unerhörter Luxus. Wüßten doch die Arbeiter, mit welchen Sorgen mitunter der Prinzipal am Bureautisch sitzt! Heutzutage ist die Lage der meisten Fabrikanten so, daß sie ihre ganzen Geisteskräfte aufbieten müssen, zu schwimmen und zu waten haben, um ihre Fabrik überhaupt betriebsfähig zu erhalten. Wie viele lassen blos noch arbeiten, um nicht ihre Leute brodlos zu machen. Beim besten Willen fehlen den deutschen Industriellen in der Mehrzahl die Mittel, humanitäre Zwecke unter den Arbeitern zu fördern. Alles was verdient wird, muß ins Geschäft gesteckt werden. Die deutsche Industrie kämpft in tausend Fällen ums nackte Dasein. Das wird besser werden, wenn der vaterländische Gewerbfleiß auf dauernden Absatz und ständigen Verdienst rechnen kann. Das kann er nur, wenn nicht mehr freihändlerische Abgeordnete in den Reichstag kommen. Die Socialdemokraten machen sich's bei diesen schwierigen Fragen sehr bequem. „Schutzzoll" ist eine „Steuer", folglich fort damit! Seht die Dickbäuche von Fabrikanten, rufen sie, die Euern Verdienst verprassen. Sie hetzen die Arbeiter gegen die Fabrikanten, rufen den Neid der Armen gegen den Luxus der Reichen und erzählen kein Sterbenswörtchen davon, daß, wenn man die Vermögenden arm macht, nur die Noth allgemeiner wird, statt daß, wenn die Industrie blüht und die Fabrikanten verdienen, damit die erste Vorbedingung für eine wirkliche und dauernde Verbesserung auch der Lage der Arbeiter gegeben ist.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 9. Juli. Die heutige sechzehnte Kongreßsitzung begann um 2¼ Uhr und schloß gegen fünf Uhr. Ein großes Diner zu Ehren der Kongreßbevollmächtigten ist im Weißen Saale des Königsschlosses nunmehr auf nächsten Sonnabend festgesetzt. — In der heutigen Kongreßsitzung wurde eine weitere Anzahl von Grenzfragen erledigt. Bezüglich der Grenzen bei Batum entstand eine lange, minutiöse Diskussion, die indeß zu einem befriedigenden Abschlusse führte.

Berlin, 9. Juli, Abends. Bezüglich der Erledigung der Batumfrage bestätigt sich völlig, daß die Entfestigungsfrage vom Kongreß in keiner Weise berührt wurde. Morgen glaubt man fest, die dem Kongresse vorliegenden Fragen zu erledigen und vielleicht schon artikelweise die Lesung des Vertrages beginnen zu können. Dieselbe würde Donnerstag fortgesetzt und voraussichtlich beendigt werden. Alsdann würde am Freitag keine Sitzung stattfinden und am Sonnabend die Unterzeichnung erfolgen dürfen.

Locales und Sächsisches.

— Dienstags-Bulletin: Die Kräfte Sr. Majestät des Kaisers sind in dem Grade fortgeschritten, daß Allerhöchstderselbe den Versuch des Treppensteigens heute mit gutem Erfolge unternehmen konnte.

— Auf die Zeit vom Schlusse des gegenwärtigen bis zum Schlusse des nächsten ordentlichen Landtages sind seitens der Regierung ernannt worden Oberappellationsgerichtspräsident v. Weber zum Vorsitzenden, sowie die Präsidenten der 4 Appellationsgerichte, Klemm, Rosky, Dr. Petschke und Dr. Winger, ferner Oberappellationsgerichtsvicepräsident Einert und Oberappellationsrath Klemm zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes. Die beiden letztgenannten Herren gehörten dem Kollegium seither noch nicht an.

— Dem Lehrer Carl Moritz Meyer in Seifersdorf ist das Albrechtskreuz verliehen und der Assessor beim Bezirksgericht Dresden, Dr. phil. Hans Georg Conon von der Gabelentz zum außerordentlichen Professor der ostasiatischen Sprachen in der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

— J. Maj. die Königin hat das Protektorat über den in Zwickau bestehenden Wohlthätigkeitsverein „Mariadund" übernommen.

— Landtag. Die 2. Kr. erledigte gestern ihre umfangreiche Tagesordnung ziemlich rasch. Die Vorträge über die resultatlos gebliebenen Verhandlungen des Vereinigungsverfahrens gaben zu keiner Debatte Anlaß. Die Kr. blieb bei ihren früheren Beschlüssen stehen und zwar gegen 18 St. betreffs des Verkaufs des Kammergutes Mügeln, gegen 14 St. betreffs des Verkaufs des Kammergutes Lohmen, ferner mit überwiegender Mehrheit betreffs der Petitionen der Städte Zittau und Gen. um Ausbezirkung aus dem Bezirksverbande, der evang.-reform. Konsistorien zu Leipzig und Dresden um Abänderung des Parochiallastengesetzes, des Gemeinderaths zu Limbach um Annahme der Städteordnung für mittlere und kleine Städte und der Musikervereine um Gewährung von Erleichterungen für die Musiker. Dagegen erklärte man sich auf Grund des Vereinigungsverfahrens damit einverstanden, daß die Petition des Gemeindevorstandes zu Großröhrsdorf um Erbauung einer Chaussee am Niederdorfe der Regierung zur Kenntnißnahme überwiesen werde. Mit den 1875/76 vorgenommenen Veränderungen am Staatsgute war man gleichfalls einverstanden. Auf eine Anfrage des Referenten Schmidt wurde seitens der Regierung erklärt, daß für dieselbe kein Anlaß vorliege, anzunehmen, der s. Z. von den Ständen gestellte Antrag auf Verkauf von Kammergütern zum Zwecke der Erweiterung von Staatswaldungen sei hinfällig geworden. Ohne Debatte fanden hiernach einige durch die Steuerreform bedingte Abänderungen Annahme. Die zwischen den Beschlüssen beider Krn. über den Gesetzentwurf, die veränderte Einrichtung der Altersrentenbank betr., hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten fanden dadurch ihre Erledigung, daß die Kr. allenthalben den Beschlüssen der 1. Kr. beitrat. Damit fällt das auf Antrag des Abg. Grahl in den Entwurf gebrachte Prinzip der Lebensversicherung. Abg. Grahl hielt seinem Antrage eine kurze Grabrede. Referent war Abg. Werner. Eine Petition der Bischofswerdaer Braugenossenschaft um Rücknahme eines derselben vom dortigen Stadtrathe auferlegten Kanons ließ die Kr. auf sich beruhen (Ref. Abg. Speck). Zu einer Debatte gab nur die Petition des landwirthschaftlichen Vereins zu Eutritzsch um Abhilfe der Beschwerden der Mehrheit der in die Elsterregulirungsstrecke gehörigen Grundstücksbesitzer, sowie um Revision des Gesetzes über die Berichtigung von Wasserläufen. Der erste Theil der Petitionen war als unzulässig zurückzuweisen, weil Petenten keine Vollmacht seitens der Interessenten beigebracht haben. Betreffs des zweiten Theils beantragte die Deputation, denselben auf sich beruhen zu lassen, während sich die Abgg. Starke-Mittweida, Oehmichen, Uhlemann und Fickert warm für eine Revision aussprachen. Ref. Dr. Meischner entgegnete, daß die von den Petenten gegebenen Directiven unannehmbar seien. Geh. Rath Schmalz wünschte die Richtung zu wissen, nach welcher event. die Kr. das erwähnte Gesetz abgeändert zu wissen wünschte. Abg. Starke-Mittweida verwies die Regierung in dieser Beziehung an den Landeskulturrath. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz versicherte, daß das Ministerium des Innern froh wäre, wenn es das Gesetz über die Berichtigung der Wasserläufe nicht brauchte, da dasselbe der Natur der Sache nach immer Unzuträglichkeiten mit sich führen müsse; leider sei es unentbehrlich. Es solle indeß der Versuch gemacht werden, die damit verknüpften Härten zu mildern, was sich freilich erst dann mit voraussichtlichem Erfolge ermöglichen ließe, wenn man dem Ministerium eine ansehnliche Dispositionssumme zur Verfügung stelle. Nachdem sich noch Abg. v. Oehlschlägel der Petenten angenommen, wurde der Regierung gegen 13 St. eine Revision des Gesetzes überhaupt (ohne Directiven) zur Erwägung anheimgegeben.

— Zur Reichstagswahl. Der von den Konservativen und den Nationalliberalen für Altstadt-Dresden aufgestellte Herr Staatsminister a. D. von Friesen hat in einem Schreiben seinen Wählern gegenüber sich folgendermaßen ausgesprochen: „Zunächst halte ich einige, im Gesetzgebungswege zu treffende Maßregeln gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie für unbedingt nothwendig, denn wenn dieselbe auch hierdurch nicht zu beseitigen, nicht zu überwinden ist, hierzu vielmehr ein tiefeingehendes und längere Zeit in Anspruch nehmendes Zusammenwirken aller Klassen der Gesellschaft nothwendig sein wird, so bedürfen doch die Regierungen gewisser gesetzlicher Vollmachten und Beiwisse, um den gemeingefährlichen Agitationen der Führer der Sozialdemokratie entschieden und mit Erfolg entgegentreten zu können. Da ich aber keinen Grund finden kann, um damit zugleich auch die gesammte übrige Bevölkerung des Reiches in den Genüssen der von ihr nicht mißbrauchten Freiheiten zu beschränken, so halte ich in vorliegendem Falle nicht sowohl eine Verschärfung oder Abänderung der allgemeinen Gesetzgebung, sondern vielmehr die Erlassung eines speziellen Ausnahmegesetzes für gerechtfertigt und werde einem solchen, wenn es sonst meinen rechtlichen Ueberzeugungen entspricht, zustimmen. Für nothwendig halte ich ferner, daß die ungeschwächte Erhaltung der Wehrkraft des Reiches sicher gestellt werde. Sind auch die Summen, um welche es sich hierbei handelt, sehr bedeutend, so kann ich doch ihre Aufwendung, auch vom volkswirthschaftlichen Standpunkte aus, nur für gerechtfertigt ansehen. Eine starke und stets bereite Kriegsmacht in den Händen einer weisen und gewissenhaften Regierung, die sie nicht zur Bedrohung anderer, sondern nur zum Schutze der eigenen Interessen verwendet, gewährt die beste Garantie des Friedens, den sichersten Schutz für eine ungestörte Arbeit auf allen Gebieten der nationalen Thätigkeit. Ein einziger in Folge ungenügender Vorbereitung unglücklich ausgefallener Krieg kann dem Nationalvermögen so viel schaden, daß die Summen, welche durch eine unweise Sparsamkeit etwa bei den Militär-Ausgaben abgemindert werden können, dagegen vollständig verschwinden. Ich halte es ferner für sehr wünschenswerth, daß die unmittelbaren Einnahmen des Reiches durch Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Reichssteuern in einer, dem Bedürfnisse entsprechenden Weise vermehrt werden, um die finanzielle Selbstständigkeit des Reiches noch mehr zu sichern und insbesondere die so ungleichmäßig drückenden Matrikularbeiträge so viel als möglich zu vermindern. Ich halte in dieser Beziehung insbesondere dafür, daß sich der Tabak zu einer wesentlich höheren Besteuerung eignet. (Für's Tabaks-Monopol ist Herr v. Friesen nicht! Anmerk. d. Red.) Die bedauerlichen Zustände, in welchen sich Handel und Industrie zur Zeit fast in allen Theilen des Reiches befinden, werden die Aufmerksamkeit des Reichstages in hohem Grade in Anspruch nehmen. Er wird, nach meiner Ansicht, frei von vorgefaßten Meinungen und einseitigen Theorien die thatsächliche Lage der Dinge und die wahren Ursachen der vorhandenen Uebelstände sorgfältig und genau prüfen müssen, und überall da, wo sich zweifellos ergiebt, daß diese Uebelstände nicht die Folge allgemeiner Verhältnisse sind, welche nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa, zum Theil sogar die außereuropäischen Länder und Staaten beeinflussen, sondern ihren speziellen Grund in Bestimmungen der deutschen Gesetzgebung haben, sich auch nicht scheuen dürfen, diese letzteren abzuändern, wenn dies auch nicht ohne das Aufgeben früher ausgesprochener Ansichten und liebgewonnener Theorien möglich sein sollte. Etwas Spezielleres läßt sich über diesen Punkt jetzt nicht sagen; es wird vielmehr abzuwarten sein, was die verbündeten Regierungen, die ja allein in der Lage sind, das Ganze dieser so verschiedenartigen und verwickelten Verhält-